

VERTEILUNG DER FLÜCHTLINGE IN HAMBURG

DIE GEMEINSAME SUCHE NACH AUGENMASS

von Dirk Kienscherf, MdEP



Dirk Kienscherf, MdEP, Fachsprecher für Stadtentwicklung der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Es waren deutlich unruhigere Zeiten, als Max Weber 1919 vom „distanzierten Augenmaß“ als eine der wichtigsten Qualitäten eines Politikers sprach.

Heute sprechen wir im Kern immer noch über genau das: Augenmaß wird von uns erwar-

tet, wenn Zehntausende in unsere Stadt kommen und hier bleiben möchten, während sie sich äußerlich und sozial stark verändert. Dabei gehen die Auffassungen weit auseinander. Basta- und Brechstangenpolitik wird den Regierenden vorgeworfen, integrationspolitischer Irrsinn oder die Arroganz der Macht. Zeitlich befristete Modulbauten wollte man vielfach noch akzeptieren. Aber Wohnungsbau für die nächsten 100 Jahre? Hier im Landschaftsschutzgebiet? Hier, wo schon so viele Sozialwohnungen sind? Hier, wo doch noch gar keine Sozialwohnungen sind? Ist nun alles Maß verloren?

Die Gründe sind eigentlich bekannt: Es musste schnell gehen im letzten Sommer und im Herbst wurde die Lage noch einmal dramatischer. Bis zu 600 Menschen kamen täglich nach Hamburg, an der Endstation ihrer Flucht vor Tod und Vertreibung. Der Senat handelte, damit niemand auf der Straße schlafen musste. Und es wurde weiter gedacht: Was, wenn weiter so viele Flüchtlinge kommen, wohin mit all jenen, die länger oder ganz bei uns bleiben werden? Dachgeschosse ausbauen, Baulücken schließen, 100 kleinteilige Standorte mit jeweils 60 Wohnungen innerhalb kürzester Zeit bauen? Der rot-grüne Senat war überzeugt, dass das nicht klappen kann. Also dachte man größer, plante „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ und der Rest ist bekannt. Gegen die Pläne wurden eine Volksinitiative und zuletzt Bürgerbegehren gestartet.

Helmut Schmidt sah sich 1962 über Nacht 30.000 Menschen ohne Wohnung gegenüber, die Opfer der Sturmflut geworden waren. Viele von ihnen konnten später in ihr Zuhau-

se zurückkehren, für viele wurden neue Siedlungen in der Stadt gebaut. Sicher – sie kamen aus der eigenen Stadt und nicht aus einem gänzlich anderen Kulturkreis. Aber eines ist doch genauso wie heute: es musste etwas geschehen. Die Menschen sollten so schnell wie möglich wieder raus aus den Turnhallen. Wahrt die Verhältnismäßigkeit, wer weitermacht wie bisher oder wer Integrationsvoraussetzungen für die beste aller Welten fordert ohne den Faktor Zeit zu berücksichtigen? Es befinden sich noch tausende Menschen in nicht zumutbaren Unterkünften. Auch die rund 30.000, die sich immerhin keine Halle mit tausend anderen teilen müssen, und die 3.000, die nach den bisherigen Prognosen jeden Monat noch kommen werden – sollen sie über viele Jahre in Containern und Modulbauten bleiben? Für uns Sozialdemokraten kann es nicht das richtige Augenmaß sein, wenn Menschen nur untergebracht werden, aber nicht wirklich ankommen dürfen.

ist mit den dezentralen Standorten und den Nachverdichtungen als alternatives Modell.

Das innovative Stadtmodell der Hafen-City-Universität kommt da gerade zum richtigen Zeitpunkt. Wie kann eine möglichst dezentrale und gleichmäßig verteilte Unterbringung der Schutzsuchenden gelingen, die anschließend zu sinnvoller Integration führen kann? So lautet die Hauptfrage, mit der sich das CityScienceLab beschäftigt. In einem interaktiven Modell (City Scope) wird die Stadt auf großen Tischprojektionen sehr kleinteilig dargestellt. Die

HCU hat Kartengrundlagen entwickelt, auf denen städtische und private Flächen, Flüchtlingsunterbringungen, Planausweisungen und viele weitere Kriterien für jedes Flurstück hinterlegt sind. So kann direkt eine erste Einschätzung über eine mögliche Realisierbarkeit vorgenommen werden. Die Auswirkungen von Standortänderungen z.B. auf die Gesamtzahl der Unterzubringenden oder die Anzahl der Schutzsuchenden pro Stadtteil werden in Echtzeit visualisiert.

Diese Workshops für alle Interessierten werden vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge betreut und alle Vorschläge solide und zeitnah geprüft. Wissenschaftlich fundiert wird mit diesem Projekt ab Mitte Mai eine objektive und sachliche Diskussion unterstützt. Jeder und jede Einzelne kann sich nun einbringen in die Suche der Stadtgesellschaft nach Augenmaß.

Anmeldemöglichkeiten werden rechtzeitig veröffentlicht.



Bild: CityScienceLab - HafenCity Universität Hamburg

1. MAI DEMO

Die SPD Hamburg ruft dazu auf, auch an diesem 1. Mai auf die Straße zu gehen und an der Seite der Gewerkschaften Präsenz zu zeigen.

Los geht es um 11.00 Uhr am S-Bahnhof Hasselbrook. Um 12.00 Uhr findet die Abschlusskundgebung am Museum der Arbeit in Barmbek statt, wo auch unser Bäckerbus steht.

Bringt Eure Fahnen mit!



Europa aktuell

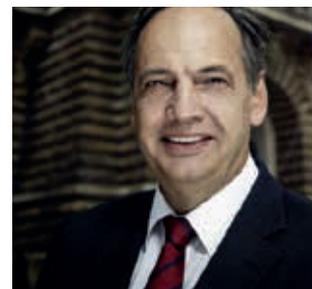
REFERENDEN: EU-WEIT ODER GAR NICHT!

von Knut Fleckenstein, MdEP

Das Referendum in den Niederlanden über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine habe ich unmittelbar nach der Abstimmung kommentiert. Ich habe gesagt: „Ich hoffe sehr, dass das niederländische Parlament sich nach dem Referendum erneut mit der Ratifizierung beschäftigen wird und dafür Sorge trägt, dass zweieinhalb Millionen Niederländer nicht den Willen von 500 Millionen Europäern repräsentiert durch ihre Parlamente aushebeln werden.“ Das Magazin „Focus“ hat mein Zitat ohne den Zusatz „repräsentiert durch ihre Parlamente“ wiedergegeben, mit der Folge dass ich eine Reihe von Zuschriften erhalten habe. Oft mit dem Vorwurf, dass andere Europäer ja nicht gefragt worden seien und dass es in Deutschland bei einer Abstimmung zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen wäre. Das Problem mit dem niederländischen Referendum ist ein Dreifaches. Zum einen geht es grundsätzlich um die Frage, ob man Abkommen, die von der EU abgeschlossen werden, durch ein nationales Referendum in einem der 28 Mitgliedstaaten boykottieren kann. Ich meine, das ist nicht der richtige Weg. In den Niederlanden haben nur gut 30 Prozent der

Menschen ihre Stimme abgegeben. Damit wurde zwar die notwendige Wahlbeteiligung knapp erreicht, aber überzeugend ist das Ergebnis für mich nicht. Ich glaube, dass das parlamentarische System in der EU stärken müssen, statt zu versuchen, es durch einzelne Referenden auszuhöheln. Dinge, die EU-weit entschieden werden sollen, müssten, wenn überhaupt, auch durch Referenden in ganz Europa zur Abstimmung gestellt werden.

Zum zweiten hat kaum einer gewusst, worum es in Wirklichkeit geht. Es ging nicht darum, was die Rechtspopulisten glaubhaft machen wollten, die Ukraine in die EU aufzunehmen oder sie zumindest auf einen EU-Beitritt vorzubereiten. Die Nachbarschaftspolitik ist eben eine Ergänzung zur Erweiterung der Europäischen Union und nicht der Vorhof zur Erweiterung. In Wirklichkeit geht es darum, wie der damalige Präsident der Europäischen Kommission Mario Prodi gesagt hat, einen Ring gut regierter Nachbarn um die EU herum zu bilden. Um nichts mehr geht es beim Assoziierungsabkommen mit der Ukraine. Eine Mitgliedschaft steht zurzeit nicht zur Debatte.



Und drittens zeigt das niederländische Referendum deutlich, dass es den Befürwortern des Referendums gar nicht um die Ukraine ging. Es ging ihnen vielmehr darum, der EU insgesamt zu schaden. Kein Wunder, dass der Vorsitzende der britischen UKIP Partei Nigel Farage sich häufig und sehr aktiv in die Auseinandersetzung in den Niederlanden eingemischt hat. Für ihn ist das Ergebnis eine wunderbare Vorlage für die Brexit-Abstimmung am 23. Juni 2016.

Vorsicht also bei Referenden, die sich mit europäischen Themen beschäftigen. Entweder müssen alle mitmachen dürfen oder keiner. Ich plädiere für eine mutige parlamentarische Demokratie, in der Politiker ihre Meinung vertreten und dafür entweder wiedergewählt oder abgewählt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

digitale Technologien geben uns die Möglichkeit, unsere Stadt noch lebenswerter und wettbewerbsfähiger zu machen. Das Thema Digitalisierung spielt in unserer Stadt eine besondere Rolle. Es markiert einen tiefgreifenden technologischen, wirtschaftlichen und letztlich gesellschaftlichen Umbruch, dessen Chancen wir beherzt entwickeln wollen.

So haben wir Mitte April gleich zwei Pilotprojekte gestartet, deren Ziel es ist, den Hamburgerinnen und Hamburgern flächendeckend kostenloses WLAN zur Verfügung zu stellen. Am 14. April startete am Alstertor zwischen Jungfernstieg und Gerhart-Hauptmann-Platz das kostenfreie WLAN für Hamburg mit ersten Pilot-Access-Points. Am 21. April konnte ich mit dem Vorstandsvorsitzenden der Hochbahn Henrik Falk den Startschuss für kostenloses WLAN in Bussen und Bahnen geben. Begonnen wurde damit in der Buslinie 5 und an den U-Bahn-Stationen Mönckebergstraße und Borgweg. Doch das ist nur der Anfang. Als moderne Stadt steht es uns gut, diese Infrastruktur zügig für alle Bürgerinnen und Bürger auszubauen.

Digitale Technologien unterstützen uns zudem bei so drängenden Fragen wie der bestmöglichen Einbindung von Interessierten bei der Planung von Unterkünften für Geflüchtete in unserer Stadt.

Mit Hilfe eines neuen Programms können wir jetzt dem großen Interesse der Hamburgerinnen und Hamburger an Beteiligung und Transparenz in dieser Sache nachkommen. Dazu hat der Senat die HCU beauftragt, ein datenbasiertes Konzept für eine informierte und moderne Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Das Programm Hamburg City Scope führt das Wissen der Demografen, Behörden und Geografen zusammen und macht Bürgerinnen und Bürger zu Stadtplanern.

Jede und jeder ist eingeladen, sich an der Suche nach Flächen zu beteiligen. In jedem Bezirk wird es Workshops geben. Es ist die Chance, zu prüfen, ob das, was in der Theorie einleuchtet, auch für die Praxis taugt. Wir laden alle ein, zu schauen, ob Senat und Bezirke etwas übersehen haben. Im Mai geht es los.

Euer

Olaf Scholz

JUBILARSKAFFEE

Am 21. März 2016 sind 80 Genossinnen und Genossen, die bereits 50 bis 65 Jahre Mitglied der SPD sind, der Einladung unseres Landesvorsitzenden Olaf Scholz zum Jubilarskaffee gefolgt. Sie hatten jede Menge Geschichten mitgebracht - Berichte über die Höhen und Tiefen zahlreicher sozialdemokratisch durchwirkter Leben, die an diesem Nachmittag die Geschichte der Partei spürbar

machten. So sind es die starken SPD-Motive Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität, denen diese Genossinnen und Genossen über eine so lange Zeit ihres Lebens treu blieben. Abgerundet wurde der Nachmittag durch das Singen alter Arbeiter- und Falkenlieder, begleitet von Ingrid Haberlandt und Erika Schmidt-Haberlandt am Akkordeon.



Bild: SPD Hamburg



Berlin direkt

DAS EU-TÜRKEI-ABKOMMEN: EIN WICHTIGER SCHRITT, JEDOCH KEIN SELBSTLÄUFER

von Aydan Özoğuz, MdB

Seit dem 4. April werden Flüchtlinge, die nach dem 20. März auf illegalem Wege (also ohne gültiges Visum oder ohne Ausweisdokumente) von der Türkei über die Ägäis nach Griechenland eingereist sind, wieder in die Türkei zurückgeführt. Jeder Flüchtling soll aber vorher das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Asylgesuchs haben, welche die griechischen Behörden durchführen werden. So sieht es das Abkommen vor, welches die Europäische Union mit der Türkei geschlossen hat, um die unkontrollierte Zuwanderung zu minimieren und dem Schlepperwesen in der Region ein Ende zu bereiten. Im Gegenzug nehmen die EU-Staaten, bis zu einer Gesamtzahl von 72.000 Personen, für jeden zurückgeführten Flüchtling einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf. Deutschland hat sich bislang zur Aufnahme von etwa 15.000 Syrerinnen und Syrern bereit erklärt.

Wie ist dieses Abkommen zu bewerten? Offene Fragen waren in den letzten Wochen keine Mangelware: Wie gehen Antragsprüfung in und Rückführung aus Griechenland von statten? Wie wird mit zurückgeführten Schutzsuchenden in der Türkei verfahren? Wer trifft die Auswahl über die syrischen Flüchtlinge, die nach Europa überführt werden?

Dass die Türkei nicht immer der einfachste Partner für Europa ist, liegt auf der Hand. Aber reden müssen wir letztendlich mit allen, die in diesen Fragen einen Beitrag leisten können. Der unverhohlene Rassismus mancher europäischer Staaten darf schließlich auch nicht allein zu gegenseitigen Beschimpfungen führen. Das wird keinem etwas nützen. Nach Schließung der Balkan-Route lastet nun auf Griechenland eine noch deutlich größere Aufgabe, deshalb werden hunderte Beamte aus verschiedenen europäischen Ländern zur Unterstützung geschickt. Gleichzeitig müssen wir den gesamten Prozess kritisch begleiten und darauf achten, dass alles im Einvernehmen mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention abläuft.

Die Asylverfahren auf den griechischen Inseln müssen den europäischen Vorgaben genügen – das beinhaltet ordentliche Anhörungen und mögliche Rechtsbehelfe.

Die Einhaltung internationaler humanitärer Standards ist unverhandelbar – das hat auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz jüngst unterstrichen. Selbiges gilt für die Behandlung der Zurückgeführten in der Türkei. Die warnenden Berichte von Amnesty International, die Türkei schiebe Flüchtlinge – inklusive Frauen und Kinder – nach Syrien ab, sind ernst zu nehmen und zu überprüfen.

Umso wichtiger erscheint mir auch in diesem Zusammenhang die Kooperation mit dem bereits vor Ort in der Türkei eingebundenen Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Die Organisation ist unverzichtbar, wenn es um die Kontrolle der Aufenthaltsbedingungen als auch um Mitwirkung bei der Auswahl und damit Priorität derjenigen Syrerinnen und Syrern geht, die auf sicherem Wege in die EU einwandern können.



Bei allen Unsicherheiten, die sich rund um das noch junge Abkommen ergeben, stellt es für mich aber auch eines dar: einen ersten wichtigen Schritt in Richtung der solidarischen, gesamteuropäischen Lösung, die unser Kontinent als auch die vor Terror und Krieg fliehenden Menschen dringend benötigen. Nun gilt es weiter Überzeugungsarbeit in den bislang zurückhaltenden Mitgliedstaaten zu leisten.

TERMINE

Montag, 2. Mai
„Brexit“ – eine EU ohne Großbritannien?
Wirtschaftliche und politische Folgen eines Austritts

Eine Veranstaltung der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg und Knut Fleckenstein MdEP

BEGRÜSSUNG Dr. Monika Schaal, stv. Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion
PODIUM Annette Riedel, Deutschlandradio-Korrespondentin in Brüssel, **Knut Fleckenstein**, stv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und **Sören Schumacher**, Fachsprecher Europa der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Zeit: 19.00 Uhr
 Ort: Kaisersaal des Hamburger Rathauses
 Um Anmeldung wird gebeten per Fax: 040 4273-12291 oder E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de

Donnerstag, 12. Mai
EU – Puzzle oder Scherbenhaufen?
 Diskussionsveranstaltung der JUSOS Hamburg mit **Knut Fleckenstein**, MdEP und **Gianni Pittella**, Vorsitzender der S&D-Fraktion im EU-Parlament
 Zeit: 19.00 Uhr
 Ort: Kurt-Schumacher-Haus

Sonnabend, 4. Juni
Geschichte der Hamburger SPD - Vorbild und Motivation für die eigene politische Arbeit.
 Workshop mit Tina Winter und Mara Steinig.
 Zeit: 10.00 – 18.00 Uhr
 Ort: Kurt-Schumacher-Haus
 Anmeldung erbeten unter politische-bildung@spd-hamburg.de oder 040 - 280 848 74

Donnerstag, 9. Juni
Olaf Scholz im Gespräch in Eimsbüttel
 Zeit: 19.30 Uhr
 Ort: Grundschule Turmweg, Turmweg 33

Sonnabend, 11. Juni
Landesparteitag mit Organisationswahlen
 Zeit: 10.00 Uhr
 Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg

Dienstag, 14. Juni
Harburger Gespräch
 Mit **Niels Annen**, MdB – Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, **Dr. Gabriele Kötschau** – Leiterin der Vertretung der Handelskammer Hamburg in St. Petersburg und **Prof. Dr. Brzoska** – Leiter Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
 Zeit: 18.30 Uhr
 Ort: Stellwerk (im Bahnhof Harburg über den Fernbahngleisen 3+4)

Sonnabend, 18. Juni
Von der Idee zum Antrag
 Aktionsworkshop mit Tina Winter und Vanessa Mohnke
 Zeit: 10.00 – 18.00 Uhr
 Ort: Kurt-Schumacher-Haus
 Anmeldung erbeten unter politische-bildung@spd-hamburg.de oder 040 - 280 848 74

FRISCH GEWÄHLT – DIE FRAUEN IN DER SPD

Am 8. April 2016 haben die Delegierten der Landesfrauenkonferenz einen neuen Vorstand gewählt. Dazu gehören die bisherige und neue Landesvorsitzende Petra Ackmann, ihre Stellvertreterinnen Daniela Jänicke und Bilata Suleiman. „Wir haben tolle junge und engagierte Frauen gewinnen können, die das Thema Feminismus und Frauenrechte noch einmal ganz neu transportieren werden“, freut sich Petra

Ackmann. Acht weitere Beisitzerinnen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten sowie Vertreterinnen der sieben Kreise bilden den kompletten Vorstand. Ein starkes Team, das sich vorgenommen hat, die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortzusetzen, die Zusammenarbeit mit anderen Frauenverbänden zu verstärken, sich ins politische Tagesgeschäft einzubringen und mehr Frauen für die Mitarbeit in Partei und Politik zu begeistern.



Bild: SPD Hamburg

WIR FEIERN: 25 JAHRE ZENTRALES SPD-BÜRGERBÜRO!

SEIT 25 JAHREN DEN MENSCHEN VERPFLICHTET – ALS BRÜCKE DER HAMBURGER SPD ZU DEN MENSCHEN UNSERER STADT

Am 21. Mai 1991 nahm das Zentrale Bürgerbüro der SPD Landesorganisation Hamburg im Kurt-Schumacher-Haus seine Arbeit auf. Auf Anregung der damaligen Landesvorsitzenden Traute Müller taten sich Genossinnen und Genossen zusammen, um unter der Leitung von Johannes Müllner regelmäßige Sprechstunden für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger anzubieten.



Bild: Johannes Müllner

Seitdem stellt das Mitarbeiterteam des Zentralen Bürgerbüros (ZBB) sicher, dass an drei Nachmittagen pro Woche für jeweils zwei Stunden sachkundige Beraterinnen und Berater persönlich und telefonisch zur Verfügung stehen. Oft kommen Personen in die Beratung, die sich in einer fast hoffnungslosen Lage befinden. Meistens haben sie „alle Behörden schon durch“. Das Team des ZBB ist dann oft die letzte Hoffnung. Und hier zeigt sich das große Engagement des Teams: Sie lassen alle Verbindungen spielen, beispielsweise bei der Wohnungssuche oder Problemen mit den Job-Center. Dabei hilft das über

Jahre hinweg aufgebaute Netzwerk zu anderen Beratungseinrichtungen und der enge Kontakt zu Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft. Ein solches Angebot über so lange Zeit hinweg aufrecht zu erhalten, ist eine enorme Leistung – gerade weil ausschließlich Ehrenamtliche die Organisation, die Struktur und das Funktionieren dieser wichtigen Einrichtung selbst bestimmen und sicherstellen.

Um dieses außergewöhnliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZBB zu würdigen, laden wir herzlich ein zu einem Empfang im Kurt-Schumacher-Haus am **Samstag, 21. Mai 2016 um 11.00 Uhr**. Als prominente Gäste werden u.a. anwesend sein der Landesvorsitzende und Erste Bürgermeister Olaf Scholz, der

Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Dr. Andreas Dressel und die ehemalige Landesvorsitzende Traute Müller.

25 Jahre Zentrales Bürgerbüro - lasst uns miteinander feiern!

Zur besseren Planung bitten wir bis zum 11. Mai 2016 um Anmeldung unter 040/280 848-0 oder dagmar.kirchhoff@spd.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
 SPD-Landesorganisation Hamburg

V.i.S.d.P.
 Tim O. Petschulat

Redaktion:
 Lars Balcke
 Fabio Cecere
 Roland Triankowski

Satz und Gestaltung:
 kreativspitze

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
 30. Mai 2016

Anschrift:
 Kurt-Schumacher-Allee 10
 20097 Hamburg